§ 1851 BGB

Der Betreuer bedarf der Genehmigung des Betreuungsgerichts

1. zur Ausschlagung einer [Erbschaft](#) oder eines Vermächtnisses, zum Verzicht auf die Geltendmachung eines Vermächtnisses oder Pflichtteilsanspruchs sowie zu einem Auseinandersetzungsvertrag,
2. zu einem [Rechtsgeschäft](#), durch das der Betreute zu einer [Verfügung](#) über eine ihm angefallene [Erbschaft](#), über seinen künftigen gesetzlichen Erbteil oder seinen künftigen [Pflichtteil](#) verpflichtet wird,
3. zu einer [Verfügung](#) über den Anteil des Betreuten an einer [Erbschaft](#) oder zu einer Vereinbarung, mit der der Betreute aus der Erbengemeinschaft ausscheidet,
4. zu einer Anfechtung eines Erbvertrags für den geschäftsunfähigen Betreuten als Erblasser gemäß § [2282 Abs. 2 BGB](#),
5. zum Abschluss eines Vertrags mit dem Erblasser über die Aufhebung eines Erbvertrags oder einer einzelnen vertragsmäßigen [Verfügung](#) gemäß § [2290 BGB](#),
6. zu einer Zustimmung zur testamentarischen Aufhebung einer in einem Erbvertrag mit dem Erblasser geregelten vertragsmäßigen Anordnung eines Vermächtnisses, einer [Auflage](#) sowie einer Rechtswahl gemäß § [2291 BGB](#),
7. zur Aufhebung eines zwischen [Ehegatten](#) oder Lebenspartnern geschlossenen Erbvertrags durch [gemeinschaftliches Testament](#) der [Ehegatten](#) oder Lebenspartner gemäß § [2292 BGB](#),
8. zu einer Rücknahme eines mit dem Erblasser geschlossenen Erbvertrags, der nur [Verfügungen](#) von Todes wegen enthält, aus der amtlichen oder notariellen Verwahrung gemäß § [2300 Abs. 2 BGB](#),
9. zum Abschluss oder zur Aufhebung eines Erb- oder Pflichtteilsverzichtsvertrags gemäß den §§ [2346 BGB](#), [2351 BGB](#) sowie zum Abschluss eines Zuwendungsverzichtsvertrags gemäß § [2352 BGB](#) .

Fassung ab 01. Jan 2023

Fassung bis einschl 31. Dez 2022

§ [1851 BGB](#) Mitteilungspflichten

(1) Das Familiengericht hat dem Jugendamt die Anordnung der Vormundschaft unter Bezeichnung des Vormunds und des Gegenvormunds sowie einen Wechsel in der [Person](#) und die Beendigung der Vormundschaft mitzuteilen.

(2) Wird der gewöhnliche Aufenthalt eines Mündels in den Bezirk eines anderen Jugendamts verlegt, so hat der Vormund dem Jugendamt des bisherigen gewöhnlichen Aufenthalts und dieses dem Jugendamt des neuen gewöhnlichen Aufenthalts die Verlegung mitzuteilen.

(3) Ist ein [Verein](#) Vormund, so sind die Absätze 1 und 2 nicht anzuwenden.